

Arbeitsbögen Klassen 7 bis 12

Politik

Wahlkampf

In der heutigen Zeit müssen Politiker, wenn sie an die Spitze der Regierung gelangen wollen, bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Dies galt auch schon im Alten Rom. Dabei gibt es Übereinstimmungen, aber auch Unterschiede zwischen Antike und Gegenwart.

1. Begleiten Sie anhand von Artikeln aus Ihrer Tageszeitung oder dem Onlinearchiv einen Politiker in der Endphase (ca. die letzten vier Wochen) seines Wahlkampfes!
 - › Welche Leistungen muss er wie, wo und wann erbringen?
 - › Wirbt er nur für seine eigene Person?
 - › Welche Rolle spielt seine Partei für die Karriere des Politikers?
 - › Gibt es so etwas wie eine Karriereleiter nach oben?
 - › Sammeln Sie die Voraussetzungen und Leistungen für eine heutige politische Karriere in Stichpunkten auf der linken Seite eines Wandplakats!

Für die Recherche der Karrierewege von Politikern können Sie auch Informationen über Bundestagsabgeordnete verwenden und deren Entwicklung analysieren. Nutzen Sie dafür die verfügbaren Biografien aus der **App „Deutscher Bundestag“**!



2. Suchen Sie mit Hilfe des Geschichtsbuchs oder eines Lexikons Informationen über den Werdegang eines Politikers im Alten Rom! Schreiben Sie Ihre Erkenntnisse zur Karriere von Politikern im Alten Rom in Stichpunkten auf die rechte Seite des Wandplakats!
3. Bestimmen Sie in Partnerarbeit Parallelen und Unterschiede zwischen heute und der Antike! Recherchieren Sie gegebenenfalls weitere Informationen!
4. Fassen Sie alle Ergebnisse zum Werdegang von Politikern heute und im Alten Rom zuerst mündlich im Plenum und dann schriftlich in einem Artikel zusammen!

Wahlkampf

5. Sowohl in Kiel oder Schwerin heute als auch im Rom der Antike ist die Ratsversammlung bzw. Stadtvertretung ein wichtiges politisches Gremium. Obwohl in beiden Gesellschaften die Gewalt vom Volke ausgeht, unterscheiden sie sich in grundlegenden Dingen.
- ▶ Stellen Sie die **beiden Gremien** in einem Tafelbild einander gegenüber. Benutzen sie Geschichtsbuch, Lexika und Internet sowie Artikel, Bildmaterial und Statistiken/Tabellen aus der Tageszeitung zum Sammeln von Informationen über beide Institutionen!
 - ▶ Beachten Sie dabei:
 - ▶ Anzahl der Mitglieder
 - ▶ Berechtigung für das Amt
 - ▶ Länge der Amtszeit
 - ▶ Aufgabenbereiche

Das Tafelbild können Sie digital mit der **App BaiBoard (für iOS)** erstellen und durch die Verbindung mit einem Beamer der Klasse präsentieren. Der Vorteil dabei ist, dass Sie alle Informationen zum späteren Lernen digital abgespeichert haben. So können Sie sich zum Beispiel besser auf Klassenarbeiten vorbereiten. Android-Nutzer können alternativ auch mit Google Docs arbeiten.



6. Diskutieren Sie: Übt der antike Senat oder übt die heutige Ratsversammlung/Stadtvertretung einen größeren Einfluss auf das politische Leben der jeweiligen Gesellschaft aus?

Gewaltenteilung

Das entscheidende Kriterium für eine Demokratie ist nach heutiger Definition die Gewaltenteilung in die legislative (gesetzgebende), exekutive (ausführende) und judikative (richterliche) Gewalt. Nach diesem Prinzip wird in Deutschland regiert. Wie aber sah es im Alten Rom aus?

1. Versuchen Sie mit Hilfe Ihrer Tageszeitung herauszufinden:

- › Wer ist an der Gesetzgebung beteiligt?
- › Wie gelangt man in das gesetzgebende Gremium?
- › Sind alle Beteiligten gleichberechtigt?
- › Wie lange dauert eine Amtszeit?

Sie können auch im Internet unter www.bundestag.de genauer nachlesen!

Nutzen Sie für die Beantwortung der Fragen auch die **App „Deutscher Bundestag“** (für alle Betriebssysteme verfügbar). Dort finden Sie Informationen zu Debatten und den zuständigen Ausschüssen sowie Biografien der Abgeordneten.



2. Klären Sie die gleichen Fragen mit Hilfe eines Geschichtsbuchs oder Lexikons für das Alte Rom!
3. Präsentieren Sie Ihre Ergebnisse auf einem Plakat „Legislative Altes Rom – Bundesrepublik Deutschland“!
4. Wer ist heutzutage die ausführende Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland? Recherchieren Sie mithilfe Ihrer Tageszeitung, des Onlinearchivs und weiterer Quellen!
- › Welche hierarchischen Strukturen gibt es?
 - › Hat jeder die Berechtigung für ein Regierungsamt?

Gewaltenteilung

5. Wer ist heutzutage bzw. wer war im Alten Rom für die richterliche Gewalt zuständig?
Benutzen Sie Ihr Geschichtsbuch oder ein Lexikon!

6. Überprüfen Sie die *res publica* (Verfassung im Alten Rom): Entspricht sie unserem heutigen Demokratieverständnis? Was unterscheidet sie von unserer heutigen Verfassung?
 - › Ist das gesamte Volk beteiligt?
 - › Wie ist die zeitliche Ausdehnung der Amtsdauer?
 - › Wer hat die eigentliche Macht?

Für den Vergleich mit der heutigen Verfassung können Sie auch die **App „Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“ (Android und iOS)** der Bundeszentrale für politische Bildung benutzen. Nutzen Sie die Suchfunktion, um gezielt Artikel zu bestimmten Stichworten zu finden und mit der *res publica* zu vergleichen!



Freie Meinungsäußerung

Das Recht der freien Meinungsäußerung in Wort, Ton und Bild ist in unserer Verfassung – dem Grundgesetz – als ein wichtiges Grundrecht des Menschen garantiert. Es gibt auf der Welt aber noch sehr viele Staaten, in denen das nicht der Fall ist.

1. Finden Sie anhand von Berichten in Ihrer Tageszeitung, dem Onlinearchiv oder im Internet heraus, in welchen Staaten es keine freie Berichterstattung in den Medien gibt!
 - › Markieren Sie diese auf einer Weltumrisskarte!
 - › Heften Sie die Informationen dazu!
 - › Welche Staatsform haben diese Staaten?
 - › Tragen Sie diese Information ebenfalls auf Ihrer Karte ein!

2. Warum scheint es für manche Staatsformen wichtig zu sein, die Medien unter Kontrolle zu haben?

3. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist auch in unserem heutigen Staat nicht uneingeschränkt:
 - › Wo gibt es Grenzen?
 - › Warum sind diese notwendig?
 - › Finden Sie Grenzbeispiele in der Tageszeitung?

Suchen Sie für diese Aufgabe mit der **App „Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“ (Android und iOS)** nach den passenden Artikeln. Neben der jeweils aktuellen Fassung des Grundgesetzes gibt es in der App auch eine persönliche Merkfunktion zum Speichern der wichtigsten Artikel. Außerdem bietet sie auch interessante Hintergrundinformationen, zum Beispiel zur Entstehung des Grundgesetzes.



Das Thema Meinungsfreiheit und seine Grenzen werden in Deutschland auch häufig diskutiert. Verfolgen Sie in der Zeitung und auf Nachrichtenseiten wie tagesschau.de eine aktuelle Diskussion zu diesem Thema. Vergleichen Sie die Argumente der jeweiligen Seite mit Ihrem erworbenen Wissen zum Recht auf freie Meinungsäußerung!

Freie Meinungsäußerung

4. Der Nationalsozialismus erreichte mit der Gleichschaltungspolitik in allen Bereichen der Gesellschaft eine große Kontrolle über die Menschen in Deutschland. Ein sehr wichtiger Baustein dazu war die systematische Ausschaltung der freien Presse.
- a) Klären Sie: Wie wirkten die „Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes“, die „Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat“ sowie das Ermächtigungsgesetz von 1933 auf die Pressefreiheit?
- ▶ Welche Gründe wurden für das Verbot von Druckschriften angeführt?
 - ▶ Wie lange dauerte das Verbot?
 - ▶ Wer entschied, ob die Gründe für ein Verbot gegeben waren?
- b) Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda von Goebbels und die Reichskulturkammer sorgten für die absolute Gleichschaltung der Presse. Welche Aufgaben hatten sie in Bezug auf Zensur, Journalisten und Verleger?
- c) Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 war das wichtigste Instrument zur Gleichschaltung der Presse:
- ▶ Wer durfte den Beruf des Schriftleiters (Redakteurs) ergreifen?
 - ▶ Welche persönlichen/privaten Voraussetzungen waren entscheidend?
 - ▶ Welche politischen Voraussetzungen waren zu beachten?
 - ▶ Wem gegenüber war der Schriftleiter verantwortlich?

Freie Meinungsäußerung

- d) Was gewährleisteten die täglichen Pressekonferenzen, die von der Reichsregierung veranstaltet wurden? Sind sie mit heutigen Pressekonferenzen vergleichbar? Gab und gibt es genaue Anweisungen an Presse und Rundfunk?
 - e) Welche Funktion hatten die sogenannten Tages- und Wochenparolen?
 - f) Welche Rolle spielte das Deutsche Nachrichtenbüro?
 - g) Was bewirkte die Ausschaltung der bürgerlichen, privaten Konkurrenz durch die staatliche Inbesitznahme der Presseverlage? Welche Begründungen wurden dafür angeführt?
 - h) Gibt es Vergleichbares auch heute? Prüfen Sie dies durch Lektüre Ihrer Tageszeitung!
5. Werten Sie Ihre Ergebnisse im Plenumsgespräch aus!

Internationale Beziehungen

Schon lange nicht mehr waren die europäisch-amerikanischen Beziehungen so auf die Probe gestellt worden, wie in der Zeit des Irakkriegs 2003. Im Verbund mit einigen anderen europäischen Staaten lehnte unter anderem auch die deutsche Regierung unter dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder eine militärische Beteiligung am Irakkrieg ab. Welche Ursachen hatten die Spannungen? Waren die Kritikpunkte beider Seiten berechtigt? Welche Gefahr bergen solche Streitigkeiten? Diese Fragen sollen untersucht werden.

Informieren Sie sich anhand Ihrer Tageszeitung, des Onlinearchivs und anderer Quellen über die Entwicklung der europäisch-amerikanischen Beziehungen in der Zeit vor und nach dem Irakkrieg von 2003. Sammeln Sie dabei soviel Informationen wie möglich über die Position der einzelnen Konfliktpartner. Informieren Sie sich auch über die Reaktion der amerikanischen Bevölkerung auf das Missverhältnis zwischen den USA und weiten Teilen Europas. Fertigen Sie anhand dieser Informationen ein Arbeitsblatt für Ihre Mitschüler mit folgenden Schwerpunkten an:

- ▶ Geben Sie eine generelle Einschätzung über die europäisch-amerikanischen Beziehungen vor Ausbruch des Irakkriegs ab!
- ▶ Geben Sie chronologische Anhaltspunkte, die ihre Mitschüler selbst vervollständigen müssen!
- ▶ Geben Sie anschließend eine eigene kurze Beurteilung (in Stichpunkten) des europäisch-amerikanischen Verhältnisses nach Ausbruch des Irakkriegs ab!
- ▶ Formulieren Sie eine Diskussionsfrage für Ihre Mitschüler!

Für eine umfangreichere Umfrage in Ihrer Klasse können Sie beispielsweise die **App SurveyMonkey (Android und iOS)** nutzen. Wie viele Ihrer Mitschüler sind der Meinung, dass Deutschland und andere europäische Länder sich am Irakkrieg hätten beteiligen sollen? Welchen Argumenten stimmen wie viele Schüler zu? Entwickeln Sie weitere passende Diskussionsfragen in der App!



Internationale Beziehungen

US-Druck auf Berlin wächst

Deutsche Beteiligung an Mission vor iranischer Küste gefordert / Auswärtiges Amt: Kein Einsatz geplant

BERLIN Die USA drängen Deutschland zur Beteiligung an einer Militärmission in der Straße von Hormus. „Wir haben Deutschland förmlich gefragt, zusammen mit Frankreich und Großbritannien und Großbritannien bei der Sicherung der Straße von Hormus mitzuhelfen und iranische Aggression zu bekämpfen“, teilte eine Sprecherin der US-Botschaft mit. „Mitglieder der Bundesregierung haben klar gesagt, dass die Freiheit der Seefahrt geschützt werden sollte. Unsere Frage ist, von wem?“

Das Auswärtige Amt stellte aber klar, dass kein deutscher Beitrag zu der geplanten US-Mission mit dem Namen „Sentinel“ (Wache) zu erwarten sei. Auch mehrere Politiker aus den Regierungsparteien CDU und SPD lehnten eine US-geführte Mission ab. Die Anfrage an Deutschland und andere Verbündete war bereits vor mehreren Tagen schriftlich übermittelt worden. Dabei fragten die USA auch konkrete militärische Fähigkeiten ab.

Nach der Festsetzung eines britischen Öltankers durch den Iran in der Straße von Hormus hatte der damalige Außenminister Jeremy Hunt einen rein europäischen Militäreinsatz als Ergänzung zu der US-Mission vorgeschlagen. Das war aber vor dem Amtsantritt des neuen Premiers Boris Johnson. Die neu formierte Regierung strebt nun einen europäisch geführten Ansatz, unterstützt von den USA, an.

Dagegen gibt es in der Berliner Koalition starke Vorbehal-



Geht es nach dem Willen Washingtons, könnten diese Marinesoldaten an Bord der Fregatte „Karlsruhe“ bald am Eingang des Persischen Golfs Ausschau halten. FOTO: DPA/GERO BRELOER

te – vor allem bei der SPD. „Deutschland wird sich nicht an einer US-Mission beteiligen. Da ist man plötzlich aufseiten der Amerikaner in einem Krieg mit dem Iran“, sagte der außenpolitische Sprecher der Partei, Nils Schmid, dem „Tagesspiegel“.

Der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen sagte: „Eine gemeinsame Mission mit den USA kann es aktuell nicht geben, da die Europäer eine grundlegend andere Politik gegenüber Iran vertreten.“ Der Vizechef der Unionsfraktion, Johann Wadepuhl, erklärte, eine gemeinsame Militärmission mit den USA sei nur bei einer gemeinsamen politischen Gesamtstra-

tegie möglich. „Dazu waren die USA bisher nicht bereit“, sagte er.

Grünen-Chefin Annalena Baerbock schloss eine Zustimmung ihrer Partei zu einem möglichen US-geführten Einsatz aus. „Wenn eine Mission zur Deeskalation beitragen soll, kann dies nur eine europäische sein, auf klarer Rechtsgrundlage, und nur, wenn alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft sind“, sagte sie.

Das Auswärtige Amt erklärte, ein eng koordiniertes Vorgehen der Europäer und Deeskalation der Spannungen durch Diplomatie hätten für die Bundesregierung weiter oberste Priorität. dpa

STRATEGISCHES NADELÖHR



sh:z, 31.07.2019

Internationale Beziehungen

Türkei rückt in Syrien weiter vor

Nach Kritik an Militäroffensive: Erdogan droht der EU erneut mit Flüchtlingen

ISTANBUL Das türkische Militär hat seine Offensive gegen Kurdenmilizen in Nordsyrien fortgesetzt und dabei mehrere Grenzorte unter Beschuss genommen. Menschenrechtsaktivisten berichteten gestern, dass mehr als 60.000 Menschen nach Beginn der Offensive die Flucht ergriffen hätten. Eine unabhängige Bestätigung für die Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle gab es nicht. UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi zufolge sind Hunderttausende Zivilisten in Nordsyrien aktuell in Gefahr.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan verwahrt sich gestern gegen Kritik an dem Militäreinsatz – vor allem aus der EU. „Hey, Europäische Union. Reißt euch zusammen. Seht, ich sage es noch einmal: Wenn ihr versucht, unsere aktuelle Operation als Besatzung zu bezeichnen, dann haben wir leichtes Spiel. Dann öffnen wir die Türen und schicken euch (die) 3,6 Millionen Flüchtlinge“, sagte Erdogan in einer Rede vor Angehörigen seiner Regierungspartei AKP.

Ziel der seit Mittwoch laufenden türkischen Offensive ist die YPG, die auf syrischer Seite der Grenze ein großes Gebiet kontrolliert. Die Tür-



Tausende Menschen fliehen vor der türkischen Militäroffensive. FOTO: AFP/DELIL SOULEIMAN

ne Ras al-Ain sind ein Hauptfokus der Offensive. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete gestern auch von schwerem Artilleriebeschuss im weiter östlich gelegenen Ort Al-Darbasiya. Türkische Truppen würden versuchen, den Ort einzunehmen. Die kurdische Nachrichtenseite Hawar und die Syrische Beobachtungsstelle berichteten, dass Kämpfer der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), die von der Kurdenmiliz YPG angeführt werden, nahe der Grenze eine türkische Drohne abgeschossen hätten.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan sagte bei einer Veranstaltung seiner Regierungspartei AKP in Ankara, dass bei der Offensive bisher 109 „Terroristen“ getötet worden seien. Mit „Terroristen“ sind die Kämpfer der YPG-Miliz gemeint. Auch Verletzte habe es gegeben, sagte Erdogan. Manche Kämpfer der Gegenseite hätten sich ergeben.

Die USA haben derweil zwei von syrischen Kurden inhaftierte IS-Kämpfer außer Landes gebracht. Die US-Regierung reagierte damit auf Sorgen, inhaftierte IS-Kämpfer könnten angesichts der Militäroffensive entkommen. *dpa*

mit. Maas hatte die Offensive bereits am Mittwoch „auf das Schärfste“ verurteilt und die Türkei aufgerufen, den Angriff zu beenden.

Das Verteidigungsministerium in Ankara erklärte auf Twitter, die „heldenhaften Soldaten“ rückten mit der „Operation Friedensquelle“ im Osten des Flusses Euphrat weiter vor. Syrischen Aktivisten zufolge konnten sich die türkischen Truppen in einem Dorf nahe der syrischen Stadt Tall Abjad in der Nähe der Grenze festsetzen. Tall Abjad und das zwei Autostunden östlich gelege-

Frankreich und Großbritannien – beantragt, dass das Thema in einer Sitzung angesprochen werde, hieß es aus Diplomatenkreisen.

Heiko Maas (SPD) wiederholte seine Bedenken in einem Telefonat mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu. Deutschland und die Europäische Union befürchten „erhebliche negative Folgen bis zu möglichem IS-Wiedererstarken – bei allem Verständnis für Sicherheitsinteressen“, teilte das auswärtige Amt gestern auf Twitter zu dem Gespräch

in ihrer einen Ableger der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK in der Türkei und damit eine Terrororganisation. Die Türkei will entlang der Grenze eine sogenannte Sicherheitszone einrichten und dort auch syrische Flüchtlinge ansiedeln, die derzeit in der Türkei leben.

Gestern wollte sich der UN-Sicherheitsrat in New York mit dem Vorgehen der Türkei beschäftigen. Deutschland habe im Auftrag der fünf EU-Mitgliedsländer des Rates – neben Deutschland sind das Polen, Belgien,

Internationale Beziehungen

Ernüchternde Bilanz nach Abzug aus Afghanistan

So bewerten Parteien den Einsatz nach dem Ende

BERLIN An dem fast 20 Jahre währenden Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan scheiden sich die Geister. Die Bilanz im Regierungslager ist geprägt von Ernüchterung, auf Oppositionsseite überwiegt die Ablehnung.

CDU/CSU: Die Union hat den Einsatz immer unterstützt und verweist nun nach seiner Beendigung auf Erfolge: Der Terror in Afghanistan sei zurückgedrängt, die Lage von Frauen und Mädchen habe sich verbessert, zudem habe Deutschland in der Nato Bündnistreue demonstriert. Der CDU-Außenexperte Johann Wadephul mahnte aber zugleich eine „nüchterne Analyse“ der Ergebnisse an – unter der Leitfrage „was wir gut gemacht haben und was nicht“.

SPD: Von dem früheren SPD-Verteidigungsminister

Peter Struck stammt der berühmte gewordene Satz, wonach „die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt“ werde. Leichtgetan hat sich die SPD mit dem Militäreinsatz nicht, doch im Bundestag stimmte sie seiner Verlängerung Jahr für Jahr zu – zuletzt im März.

Linke: Die Linke betrachtet den Einsatz als gescheitert – und sieht sich damit in ihrem Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr bestätigt. Vor einem Jahr habe es noch geheißen, die Mission müsse unbedingt verlängert werden, kritisiert Fraktionschef Dietmar Bartsch. „Und dann, nur weil die USA sagen, sie gehen, gehen wir plötzlich auch.“

Grüne: Die Grünen sehen den 2001 von ihnen mit beschlossenen Afghanistan-Einsatz seit Längerem kritisch: „Wir Grünen im Bun-

destag haben den Bundeswehreinsatz in Afghanistan in den letzten Jahren mehrheitlich abgelehnt“, erklärte die Fraktion. Die Partei ist aber nicht generell gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

FDP: Die FDP trug den Einsatz im Grundsatz mit, kommt aber zu einem nüchternen Fazit: Der Versuch, in Afghanistan eine Demokratie zu etablieren, sei gescheitert. Der Einsatz müsse „endlich und erst einmal vollständig evaluiert werden“, forderte FDP-Wehrexpertin Marie-Agnes Strack-Zimmermann.

AfD: Die AfD lehnt das deutsche Engagement in Afghanistan rundweg ab. Der AfD-Außenexperte Armin-Paul Hampel bewertet den Afghanistan-Einsatz als „das größte außenpolitische Desaster der Bundesrepublik“. AFP

NOZ, 01.07.2021

Internationale Beziehungen

Eklat beim G7-Gipfel – Trump will vorzeitig abreisen

LA MALBAIE Zum Auftakt des G7-Gipfels in Kanada hat US-Präsident Donald Trump mit seiner Forderung nach Wiederaufnahme Russlands einen weiteren Keil in die Gruppe der großen Wirtschaftsmächte getrieben. Mehr als 40 Jahre nach ihrer Gründung droht der Wertegemeinschaft damit auf ihrem Gipfel im ostkanadischen La Malbaie nahe Québec die Spaltung. Das Treffen der Staats- und Regierungschef ist ohnehin überschattet von massiven Differenzen der Europäer mit Trump über amerikanische Strafzölle, seinen Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzvertrag und aus dem Atom-Abkommen mit dem Iran.

Im offenen Widerspruch zu den meisten G7-Partnern



Vor dem G7-Gipfel in Kanada kam es in La Malbaie zu Ausschreitungen. FOTO: MICHAEL KAPPELER/DPA

überraschte Trump mit dem Vorschlag, Russland wieder in den Kreis aufzunehmen und den illustren Club damit erneut zur G8 zu machen. „Russland sollte am Verhandlungstisch sitzen“, erklärte Trump in Washington vor seinem Abflug nach Kanada. An die G7-

Partner gerichtet sagte er: „Sie haben Russland rausgeworfen, sie sollten Russland auch wiederhineinlassen.“ Die Aufgabe sei es, die Welt zu organisieren, und dazu werde Russland gebraucht. „Ich war Russlands schlimmster Alptraum, aber Russland sollte in diesem Tref-

fen dabei sein.“ Russland war wegen der Annexion der ukrainischen Krim 2014 aus der Gruppe ausgeschlossen worden. Der russlandfreundliche Neuling in dem Kreis, Italiens neuer Regierungschef Giuseppe Conte, regierte spontan positiv auf Trumps Vorschlag. Deutschland und andere G7-Partner haben eine Wiederaufnahme Russlands aber bisher klar abgelehnt.

EU-Ratspräsident Donald Tusk sagte: „Diese G7, so wie sie ist, ist eine gute Zahl.“ Der Kreml äußerte sich zurückhaltend zu dem Vorschlag. „Wir legen den Akzent auf andere Formate“, sagte ein Sprecher von Präsident Wladimir Putin.

Schon vorher war im G7-Kreis ein offener Streit mit dem US-Präsidenten ausge-

brochen. Der kanadische Gastgeber Justin Trudeau und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron übten nach Gesprächen am Donnerstag scharfe Kritik an den Alleingängen und der Handelspolitik Trumps. Der US-Präsident ging zum Gegenangriff über und warf dem Nachbarn Kanada und Frankreich vor, mit hohen Zöllen und anderen Markthürden amerikanische Exporte zu behindern.

Vor dem Hintergrund der Streitigkeiten will Trump den Gipfel heute auch schon vorzeitig verlassen. Er wird nach Angaben des Weißen Hauses direkt nach Singapur reisen, wo er am Dienstag mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un zu einem historischen Gipfel zusammentrifft. *dpa*

sh:z, 09.06.2018

Internationale Beziehungen

Berlin verspricht der Nato Aufstockung

Verteidigungsausgaben sollen langfristig weiter steigen / Finanzierung offen

BRÜSSEL/BERLIN Im Streit mit den USA über die Verteidigungsausgaben hat Deutschland trotz wegbrechender Steuereinnahmen neue Zusagen gemacht. Die Bundesregierung legte der Nato ein Strategiepapier vor, das eine Erhöhung der Militärinvestitionen über die bis 2024 zugesagten 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) hinaus vorsieht. „Dieser Anstieg wird in den Jahren nach 2024 fortge-

setzt“, heißt es in dem Papier. Einen Nachweis, in welchen Schritten das konkret erfolgen soll, bleibt die Bundesregierung der Nato aber schuldig. In den sogenannten „Strategic Level Reports“ legen die Nato-Staaten jedes Jahr ihre Beiträge zum Bündnis dar. Deutschland war diesmal das letzte der 29 Mitgliedsländer, das lieferte – mehr als einen Monat nach Ablauf der Abgabefrist am 31. Dezember 2018.

Grund war ein hartes Ringen innerhalb der Bundesregierung, in dem sie eine Zwickmühle auflösen versuchte: Einerseits drängen US-Präsident Donald Trump und Konsorten den wirtschaftsstärksten europäischen Bündnispartner, sich bei den Verteidigungsausgaben möglichst zügig auf das Nato-Ziel von zwei Prozent des BIP zuzubewegen. Andererseits sind die letzten Jahre sprudelnder Steuer-

einnahmen in Deutschland vorbei. Seit Montag ist bekannt, dass in der Finanzplanung bis 2023 ein Loch von 24,7 Milliarden Euro klafft.

Nach Angaben aus Nato-Kreisen entspricht der deutsche Bericht nicht den Erwartungen. Denn sowohl in Brüssel als auch in Washington verlangt man konkrete Angaben darüber, wie die Ziele bei den Verteidigungsausgaben erreicht werden können. So war

bei Deutschland bis zuletzt völlig unklar, wie man 2024 auf eine Quote von 1,5 Prozent kommen soll, wenn man 2022 laut der aktuellen mittelfristigen Finanzplanung nur bei 1,23 Prozent liegen wird.

Unterdessen bekommt die Nato demnächst ein neues Mitglied. Nach der Beilegung des Namensstreits mit Griechenland steuert der Balkanstaat Mazedonien auf die Aufnahme zu. *dpa, AFP*

sh.z, 07.02.2019

Internationale Beziehungen

Aufarbeitung dringend nötig

KOMMENTAR



Thomas Ludwig
t.ludwig@noz.de

Das war's. Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan ist Geschichte. Wenn bald auch noch die US-Soldaten abgezogen sein werden, bleibt das Land sich selbst überlassen. Der

internationale Einsatz hat rund 3600 Koalitionssoldaten das Leben gekostet und Hunderte Milliarden verschlungen. Und für was? Dafür, dass die religiösen Extremisten der Taliban wohl bald wieder das Sagen im Land haben werden. Das Bonmot des früheren Verteidigungsministers Peter Struck, Deutschlands Sicherheit werde auch am Hindu-kusch verteidigt, klingt in der Rückschau hohl.

Die internationale Afghanistan-Politik ist gescheitert, ja, sie war wohl von Anbeginn an zum Scheitern verurteilt. 59

Bundeswehresoldaten haben das mit ihrem Leben bezahlt. Eine parlamentarische Aufarbeitung des Einsatzes sollte nun selbstverständlich sein. Damit Berlin für künftige Auslandseinsätze etwas lernt – oder gewarnt ist, sich überhaupt auf solche Himmelfahrtskommandos einzulassen.

Deutschland hat im Falle Afghanistans Bündnistreue bewiesen und den Einsatz mitgetragen. Zu einem hohen Preis. Außenpolitisches Engagement vom Ende her zu denken wird leider allzu oft vergessen.

NOZ, 01.07.2021

Internationale Beziehungen

Europas Kampf um Selbstbehauptung

Im Ringen der Großmächte Russland, China und USA um die globale Vorherrschaft drohen Kollateralschäden

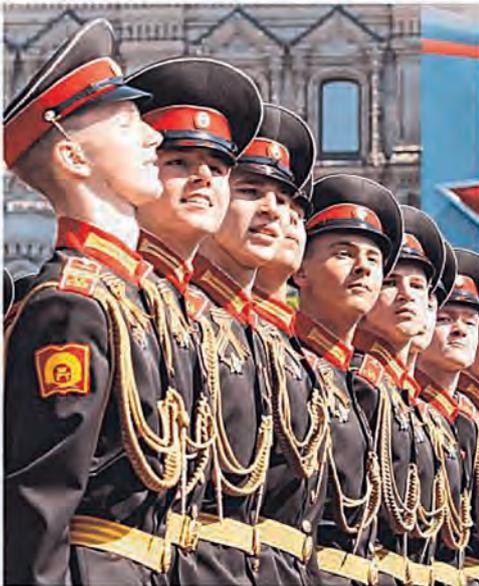
Von Thomas Ludwig

SCHWERIN Noch sind aus Freunden keine Feinde geworden. Doch das Vertrauen in die USA als Schutzmacht ist bei immer mehr Deutschen dahin. Das geht aus dem Internationalen Sicherheitsreport hervor, den die Münchner Sicherheitsstiftung gestern veröffentlicht hat.

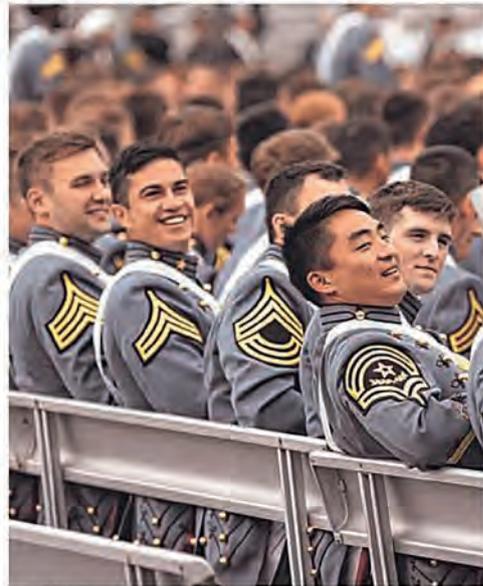
Demnach sieht einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center zufolge inzwischen fast jeder zweite Bundesbürger in Macht und Einfluss der USA eine große Bedrohung für Deutschland – sogar im Vergleich zu China und Russland. Einen ähnlichen Vertrauensverlust gibt es bei Franzosen und Kanadiern; in Japan sind die Menschen gegenüber den USA sogar noch skeptischer.

„Das Misstrauen zeigt, wie groß die Verunsicherung in der Bevölkerung angesichts des Chaos ist, das sich in der Welt um uns herum ausgebreitet hat. Wenn inzwischen sogar das Misstrauen gegenüber autoritären Systemen wie Russland und China geringer ist als gegenüber den USA, dann belegt das eindeutig den politischen Handlungsbedarf in Deutschland“, sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen (CDU), im Gespräch mit unserer Redaktion. Der Vertrauensverlust, der ins transatlantische Verhältnis eingetreten ist, gehe zu 90 Prozent auf Kosten von US-Präsident Donald Trump. „Es wird Zeit, dass Deutschland und Europa ihre strategischen Ziele in der Außenpolitik endlich klar umreißen, damit die Bürger wissen, woran sie sind“, sagte Röttgen.

„Die globale Sicherheitslage ist heute gefährlicher als



Wer Freund ist und wer Feind, ist nicht mehr so klar wie früher: Russische Kadetten bei der Siegesparade auf dem Roten Platz in Moskau (links) und Absolventen der US-Militärakademie von West Point.



FOTOS: DPA/SERGEI CHIRIKOV, PETER FOLEY

jemals zuvor seit dem Zerfall der Sowjetunion. Wir erleben einen Epochenbruch, bei dem eine Ära zu Ende geht und die Umrisse eines neuen weltpolitischen Zeitalters bisher erst in Ansätzen erkennbar sind“, schreiben die Experten im Sicherheitsreport. Er trägt den vielsagenden Titel „Das große Puzzle – wer wird die Teile aufsameln?“. Doch müsste es nicht besser heißen: Die sicherheitspolitische Ordnung liegt in Scherben. Wer kehrt sie zusammen? Europa?

Zentrales Kennzeichen der Weltordnung im Wandel ist die immer aggressiver wachsende Rivalität zwischen den Großmächten sowohl auf militärischer Ebene wie auch im Handel und auf ideologischem Terrain. „Eine neue Zeit des Machtkampfes entsteht zwischen den USA, China und Russland, sie geht einher mit einem gewissen

zur Debatte“, sagte sie in einer Videobotschaft.

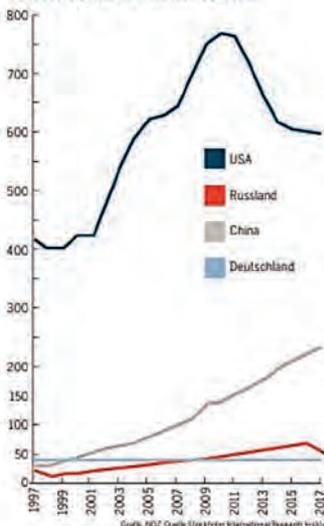
Auf der am Freitag beginnenden Sicherheitskonferenz werde sie sich dafür „sehr“ starkmachen, dass multilaterale Strukturen erhalten und weiterentwickelt würden. Angesichts zahlreicher neuer Konflikte und Herausforderungen sei das Miteinandersprechen heute „mindestens genauso wichtig wie zu Zeiten des Kalten Krieges“. Was aber, wenn einflussreichen Staaten das Darüberreden reicht und sie keine Taten folgen lassen? Wie groß ist die Chance, dass ausgerechnet die Europäer die prekäre internationale sicherheitspolitische Lage in Zeiten gekündigter Rüstungskontrollverträge stabilisieren können?

Die Münchner Sicherheitsexperten geben sich keinen überzogenen Erwartungen hin. Zwar sei die EU trotz Krisen bereit, „für ihre Selbstbehauptung und ihre Interessen zu kämpfen“, wie Tagungsgastgeber Wolfgang Ischinger betonte. Gleichzeitig sieht der Sicherheitsreport die Europäische Union aber vor allem schlecht gerüstet für den Umgang mit der neuen Großmächtekonkurrenz. Das zeige nicht zuletzt die Debatte über mehr „strategische Autonomie“ für den Alten Kontinent. Derzeit habe niemand einen ernst zu nehmenden „Plan B“ in der Tasche, mit dem Europa sich sicherheitspolitisch wirklich emanzipieren könne.

Tatsächlich kommen auf die Europäer mit dem Brexit ganz eigene Herausforderungen zu. Der Austritt der Briten aus der EU könnte verteidigungspolitische Folgen bis in den Weltraum hinein haben – und so bis weit in die europäische Sicherheitspolitik hineinwirken.

MILITÄR-ETATS IM VERGLEICH

Verteidigungsausgaben ausgewählter Länder von 1997 bis 2017 in Milliarden US-Dollar



Machtvakuum in dem, was als liberale internationale Ordnung gilt“, heißt es in der Analyse.

Das Ende der „gutartigen Hegemonie“ der USA sei eine immense Herausforderung für Länder wie Deutschland, die es sich über lange Zeit mit der „Pax Americana“ politisch, militärisch, wirtschaftlich und intellektuell bequem gemacht hätten, ließ Tobias Bunde wissen, Leiter der Politik- & Analyse-Abteilung bei der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC).

Was also ist mit Europa, welche Rolle wird der Kontinent, wird die Europäische Union künftig spielen? Zumindest Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat im Vorfeld die Bedeutung des Multilateralismus hervorgehoben. „Die Überzeugung, dass wir miteinander mehr gewinnen, als wenn wir gegeneinanderarbeiten, steht

TRANSATLANTISCHE VERTRAUENSKRISE

Welches Land stellt eine große Bedrohung für Ihr Heimatland dar?

Diese Frage beantworteten Bürger zu unterschiedlichen Anlässen (Anteile in Prozent)

Wem trauen Sie zu, in der Weltpolitik das Richtige zu tun?

Diese Frage beantworteten Bürger zu unterschiedlichen Anlässen (Anteile in Prozent)

KOMMENTAR

Die... (Anteile in Prozent)

sh:z, 12.02.2019

Internationale Beziehungen

Auf Rettungsmission für das Iran-Abkommen

Macron und Merkel werden bei Trump vorstellig / Ist der Atom-Vertrag trotz US-Drohung noch zu halten?

ISTANBUL Auf den ersten Blick erscheint es wie ein hoffnungsloses Unterfangen. Bei getrennten Besuchen in Washington wollen der französische Staatspräsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel diese Woche versuchen, Donald Trump zur Beibehaltung des Atomabkommens mit dem Iran zu überreden. Dabei sind Trump selbst, sein neuer Sicherheitsberater John Bolton sowie der designierte Außenminister Michael Pompeo als kommisslose Gegner des Vertrags bekannt. Schon Mitte Mai könnte es aus sein mit dem 2015 geschlossenen Abkommen, das den Bau einer iranischen Atomwaffe verhindern soll. Bei allem Pessimismus gibt es die leise Hoffnung, dass der Iran-Deal noch gerettet werden kann – indem in anderen Bereichen die Gangart gegenüber dem Iran verschärft wird. Bis zum 12. Mai muss Trump über eine Wiederein-



Erklärter Gegner des Abkommens: Donald Trump.
FOTO: LARS HAGBERG

des iranischen Atomprogramms im Gegenzug für eine Aufhebung wirtschaftlicher Strafmaßnahmen gegen Teheran basiert. Vertragskritiker wie Trump, seine Berater, Israel und Saudi-Arabien halten das Abkommen für eine Fehlentwicklung, die den Iranern viele Vorteile bringe, ohne das Atomprogramm wirklich zu stoppen. Allerdings muss selbst die Trump-Regierung zugeben, dass sich der Iran bisher an die Vorschriften des Vertrages hält.

Iraner Anreicherung einsteigen, wenn Trump den Vertrag zerstören sollte; die Anreicherung wird für den Bau einer Atomwaffe gebraucht. Genau eine solche Eskalation, die letztlich das Risiko militärischer Auseinandersetzungen mit sich bringen würde, wollen die Europäer verhindern.

Thomas Seibert

mhn, 24.04.2018

Internationale Beziehungen

Alles für den transatlantischen Neustart

Trotz Differenzen beim Thema Nord Stream 2: Merkel und Biden demonstrieren Freundschaft

Friedemann Diederichs

WASHINGTON Schon der offizielle Auftakt des letzten Washington-Besuchs von Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte am Donnerstag den Status einer historischen Premiere. Zum Frühstück empfing mit Kamala Harris die erste amerikanische Vizepräsidentin in ihrem Amtssitz, dem Naval Observatorium, die erste ausländische Regierungschefin. „Sehr offen“ hätten die beiden Damen, die sich bei der Vorfahrt für Reporter gut hörbar mit Komplimenten bedachten, nationale und internationale Aspekte diskutiert, hieß es später. Noch vor dem ersten

Frühstücksbissen hatte Merkel an der Eingangstür ihrer Ansicht Ausdruck verliehen, dass „wir sehr gut kooperieren können“. Diese bei solchen Antrittstreffen übliche Floskel wirkte angesichts der Tatsache, dass sie eine Kanzlerin auf Abruf ist, ein wenig kurios. Und auch die US-Seite sparte in ihren Verhandlungen aus, dass Merkel in 2022 nicht mehr Ansprechpartnerin in Berlin sein wird. Er freute sich, Merkel im Weißen Haus zu einem bilateralen Treffen zu empfangen, hatte Biden über Twitter verbreiten lassen. Und deutlich wurde bei dem Vier-Augen-Gespräch folgenden Pressekonferenz auch dieses: Mer-



Verstehen sich: Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Joe Biden.
Foto: imago/Pool/Alex Edelmann

keil beherrscht die Kunst, bei brisanten Themen die Resonanz mit wenig präzisen Antworten zu beglücken, aus dem Effeff. Besonders gut abzulesen war dies bei der USA und Deutschland spaltenden Debatte zur Ostsee-Pipeline Nord Stream 2. Biden, der das Projekt

Daumenschrauben für Russland?

Als diese dann am Nachmittag gefragt wurde, wie sie denn Nachteile für die Ukraine durch die Fertigstellung der Pipeline vermeiden wolle, antwortete sie lapidar: Es gebe eine Vielzahl von

Instrumentarien, mit denen man notfalls Russland beugen könne. Auch das Wort „Sanktionen“ fiel. Doch den Eindruck, Washington könne bei einem Fehlverhalten tatsächlich mit dem Anziehen von Daumenschrauben gegenüber Moskau rechnen, erweckte die Kanzlerin nicht. So dürfte es angesichts anhaltender deutscher Indifferenz den USA überlassen werden, der Ukraine Rückendeckung zu geben. „Gute Freunde müssen nicht einer Meinung sein“, überspielte der erfahrene Transatlantiker Biden geschickt diese Kluft. Ganz nach der Devise: Bloß nicht die Aufbruchstimmung trüben.

NOZ, 17.07.2021

Internationale Beziehungen

Das Afghanistan-Desaster

ANALYSE Der 20-jährige Militäreinsatz des Westens endet mit dem Sieg der Taliban – was ist schiefgegangen?



Rette sich, wer kann: Afghanen, die das Land verlassen wollen, versuchen verzweifelt, in Flugzeuge zu gelangen. Foto: AFP/Wakil Khosar

NOZ, 17.08.2021

Friedemann Diederichs

Das ganze Wochenende igelte sich US-Präsident Joe Biden, von Beratern umgeben, auf dem Landsitz Camp David ein. Er werde zur Lage in Afghanistan auf dem Laufenden gehalten, hieß es lapidar. Eine öffentliche Stellungnahme gab es am Sonntag – dem Tag, als Kabul fiel – nicht. Gleichzeitig erlebt Biden in den US-Medien eine für ihn beispiellose scharfe Kritikwelle. Doch trägt Biden mit seinem überhasteten Totalabzug die Alleinschuld an dem Fiasko? Zur Erklärung für den schnellen Fall des Landes in die Hände der islamischen Extremisten drängen sich vier Gründe auf.

Die Abzugsstrategie: Mit der Verkündung eines festen End-Datums haben sowohl Ex-Präsident Donald Trump wie auch Biden den Taliban in die Hände gespielt. Die Islamisten konnten eine dem US- und Nato-Fahrplan angepasste Großoffensive planen und durchführen. Militärexperten auch in den USA weisen darauf hin, dass es klüger gewesen wäre, hier mit weniger offenen Karten zu spielen und

das Herunterschrauben der Soldatenzahlen den jeweiligen Umständen vor Ort flexibel anzupassen. Doch Biden wollte mit Blick auf sein eigenes politisches Vermächtnis unbedingt den 11. September 2021 – den 20. Jahrestag der Terroranschläge in den USA – als Schlusstag für die Geschichtsbücher.

Das Prinzip Hoffnung: Der Irrglaube, mit den Taliban könne es eine berechenbare politische Zukunft für das Land geben, die demokratischen und modernen Kräften eine Mitsprache erlaube, war ein beispielloser Selbstbetrug des Westens. Sowohl Trump wie auch Biden gaben sich vertrauensvoll dieser Pata Morgana hin, ohne das Ziel der Extremisten wirklich zu begreifen. Die Taliban nutzten dies durch ihre „politische Vertretung“ bei den Gesprächen geschickt aus.

Fehlender Nationalstolz: Am Sonntag schlich sich Afghanistans Präsident Ashraf Ghani heimlich aus dem Land – wie der moralisch bankrotte Kapitän eines sinkenden Passagierschiffs, der als Erster ins Rettungsboot springt. Ghani

steht damit auch stellvertretend für die zahlreichen Polizisten und Soldaten, die trotz jahrelanger Ausbildung und Bezahlung durch den Westen – insgesamt flossen dafür mehr als 70 Milliarden Euro – und trotz zahlenmäßiger Überlegenheit keinen Anlass sahen, für ihre Heimat zu kämpfen. Zudem gab es auf den Gehaltslisten der Armee offenbar jede Menge „Geistersoldaten“ – also nicht existierende Personen, für deren Ausbildung und Ausrüstung Kabul dennoch abkassierte.

Latente Korruption: Der Westen hat in Afghanistan zwar über lange Zeit und mit hohem Blutzoll den Anschein von Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten können. Doch die traditionell massive Korruption im Land konnte damit nicht ausgemerzt werden. Sie reichte Berichten zufolge bis in höchste Regierungsämter und umfasste offenbar auch die Präsidenten Hamid Karsai und Ghani. Karsai räumte nach seiner Amtszeit sogar ein, es sei nichts Ungewöhnliches gewesen, dass die CIA jahrelang Bargeld in Säcken direkt in sein Büro gebracht habe.

Die „Washington Post“ be-

richtete in einer Analyse Ende 2019, die vor allem unter Präsident Barack Obama vom Kongress abgesegneten Milliardenhilfen hätten zur Ausbreitung der Korruption beigetragen und seien oft regionalen Landesfürsten, Drogenhändlern und Privatfirmen zugutegekommen.

Der frühere US-Präsident Donald Trump hat Biden vorgeworfen, sich den Taliban „ergeben“ und „das Vertrauen in die Macht Amerikas zerstört“ zu haben, erklärte Trump. Die Folgen des Abzugs der US-Truppen wären unter Führung seiner Regierung „komplett anders“ gewesen. Es sei an der Zeit, dass Biden „in Schande“ zurücktrete. *Mit AFP, dpa*

Internationale Beziehungen



Die Stahlbetriebe in Deutschland müssen vorerst keine erhöhten US-Zölle für ihre Waren erwarten.

DPA

sh.z., 23.03.2018

EU erhält Ausnahmeregelung bei US-Strafzöllen

Europa reagiert erleichtert auf Ankündigung aus Amerika / Trump unterzeichnet Dekret gegen China

WASHINGTON Die USA haben nur wenige Stunden vor Inkrafttreten der Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte ihre Partner in Europa und andere Verbündete von den Sanktionen ausgenommen. Zugleich unterzeichnete US-Präsident Donald Trump gestern ein Dekret, das vorsieht, den Rivalen China mit milliardenschweren Strafzöllen zu belegen. Die deutsche Wirtschaft begrüßte die Entscheidung für die EU, sieht aber noch viele Fragen offen.

Trumps Handelsbeauftragter Robert Lighthizer sagte vor einem Senatsausschuss mit Blick auf Europa und andere befreundete Staaten: „Wozu er sich entschieden hat, ist, die Einführung der Zölle in Bezug auf diese Länder auszusetzen.“

Außer die 28 EU-Staaten betrifft dies auch Südkorea, Argentinien, Australien und Brasilien. Die US-Nachbarn Mexiko und Kanada hatte Trump ohnehin für die Zeit der Nachverhandlungen zum Freihandelsabkommen Nafta ausgenommen.

„Das ist sicher eine Nachricht, die in die richtige Richtung geht“

Antonio Tajani
EU-Parlamentspräsident

men. Trump hatte vor zwei Wochen umfassende Einfuhrzölle auf Stahl in Höhe von 25 Prozent und auf Aluminium in Höhe von 10 Prozent angekündigt.

Mit Blick auf China kündigte Trump ein Paket an, das Zölle und andere Maßnahmen im Vo-

lumen von etwa 60 Milliarden US-Dollar enthalten soll.

Trump warf China unfaire Handelspraktiken und den Diebstahl geistigen Eigentums vor. Er sagte, man sei mit China in Verhandlungen, schreite aber in der Zwischenzeit voran. Das Handelsdefizit mit China werde sich durch die Maßnahmen sofort um 100 Milliarden US-Dollar reduzieren. Die Zeiten seien vorbei, in denen China auf Kosten der USA wirtschaftete. Trumps Handelsberater Peter Navarro sagte Reportern, man spreche seit 2003 mit China. „Seither haben sie im Prinzip unsere Technologie völlig ausgeraubt.“ Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hatten sich in dieser Woche in einem Last-Mi-

nute-Einsatz persönlich für eine EU-Ausnahmeregelung stark gemacht. Die Zölle sollen für die weiterhin betroffenen Länder an diesem Freitag in Kraft treten.

Der Präsident des Europäischen Parlaments begrüßte in Brüssel beim EU-Gipfel die Nachricht aus Washington. „Sollte dies offiziell bestätigt werden, dann ist das sicher eine Nachricht, die in die richtige Richtung geht“, sagte Antonio Tajani. Die USA und Europa seien zwei Seiten ein und derselben Medaille. Europa stelle keine Gefahr für die USA dar. Das Problem der Überkapazitäten auf dem internationalen Stahlmarkt wurzele in China. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft reagierten erleichtert.

Michael Donhauser, dpa

Internationale Beziehungen

Neustart nach den Trump-Jahren

Bei Merkels Abschiedsbesuch in den USA sollen die Beziehungen belebt werden – doch es gibt Konfliktthemen

Viel Wehmut wird sich Angela Merkel kaum anmerken lassen, wenn sie heute vom neuen US-Präsidenten Joe Biden empfangen wird. Es dürfte zwar ihr Abschiedsbesuch als Kanzlerin in Washington sein. Doch auf der Tagesordnung stehen zu viele wichtige Themen, als dass sich die für ihre Nüchternheit bekannte Kanzlerin gegen Ende ihrer Amtszeit doch noch so etwas wie Gefühlsduselei erlauben dürfte.

Der Blick von Merkel und Biden dürfte nach vorne gerichtet sein, wenn die Kanzlerin zum ersten Mal seit drei Jahren im Weißen Haus empfangen wird. Nach den schwierigen Jahren mit Donald Trump soll der Besuch einen Neuanfang markieren, selbst wenn der Umgang mit manch schwierigem Thema auch mit Biden nicht wirklich leichter geworden ist: etwa der Umgang mit China, der Streit um Zölle oder die Zukunft der Welthandelsorganisation WTO.

Es ist auch ein Treffen zwischen alten Bekannten: Merkel und Biden kennen sich aus der Zeit des Amerikaners als Vizepräsident von Trump-Vorgänger Barack Obama zwischen 2009 und

2017. Im vergangenen Monat trafen sich Merkel und Biden beim G-7-Gipfel im englischen Cornwall erstmals seit Bidens Amtsantritt persönlich. Es seien „sehr gute, konstruktive Diskussionen“ gewesen, sagte Merkel. Auch wenn sie Trump nicht nannte, durfte das als Seitenhieb auf den Ex-Präsidenten verstanden werden.

Biden schrieb nach dem Treffen auf Twitter: „Die Verbindungen zwischen unseren beiden Nationen sind stärker als je zuvor.“ Der große Bahnhof, den Biden Merkel nun bereitet, zeigt, wie sehr er die Kanzlerin schätzt. Nach den üblichen Gesprächen und einer Pressekonferenz richten der Präsident und First Lady Jill Biden im Weißen Haus ein Abendessen zu Ehren der Kanzlerin aus, auch Merkels Mann Joachim Sauer wird teilnehmen. Ein Treffen Merkels mit Vizepräsidentin Kamala Harris ist ebenfalls geplant.

Uneinigkeit bei Zöllen und Nord Stream 2

Schon bald nach seiner Amtseinführung sandte Biden Signale der Versöhnung nach Berlin. So legte er den Abzug von US-Truppen aus

Deutschland auf Eis. Er verzichtete auch auf weitgehende Sanktionen gegen die deutsch-russische Ostseepipeline Nord Stream 2, die von den USA abgelehnt wird. Beide Seiten haben vereinbart, bis August eine Lösung finden zu wollen, die besonders Garantien für das Transitland Ukraine enthält. Gesprächsbedarf gibt es auch im Streit um Subventionen für die Flugzeugbauer Airbus und Boeing, bei US-Strafzöllen auf Aluminium und Stahl aus der EU, bei der Frage einer möglichen Aussetzung der Patente für Corona-Impfstoffe und bei den US-Einreiseverboten für Europäer. Merkel und Biden haben also durchaus Arbeit vor sich. *dpa, AFP*

NOZ, 15.07.2021

Internationale Beziehungen

Gemeinsames Fundament

KOMMENTAR



Thomas Ludwig
t.ludwig@noz.de

Mit der Einladung ins Weiße Haus erweist US-Präsident Joe Biden der deutschen Kanzlerin eine Ehre zum Ausklang ihrer 16-jährigen Amtszeit. Washington verabschiedet Angela Merkel mit würdigen Worten des Respekts und der Anerkennung in den politischen Ruhestand. Das gehört sich so unter Freunden. Uneigennützig ist die Geste nicht. Denn Merkels Abschied ist auch ein Neuanfang. So dürfte Biden Merkel sicher wichtige Informationen für

ihren Nachfolger mit auf den Weg geben. Wie immer der nächste Kanzler heißen mag – er soll klare transatlantische Verhältnisse und möglichst wenig Altlasten vorfinden.

Die ersten Monate seiner Amtszeit haben gezeigt: Mit Joe Biden besteht die Chance auf eine neue konstruktive transatlantische Zusammenarbeit. Anders als unter seinem Vorgänger ist für ihn auf der Suche nach Unterstützung für US-amerikanische Politik Berlin wieder eine der ersten Adressen. Wollen die USA ihre Stärke bewahren, sind sie auf Verbündete angewiesen – gerade auch vor dem Hintergrund der sich selbstbewusst etablierenden Großmacht China. Die US-deutsche Partnerschaft hat, wie es scheint, trotz Meinungsunterschieden wieder ein Fundament gemeinsamer Überzeugungen.

NOZ, 15.07.2021